AGB Reifen & Räder PRIMAS-NEUWAGEN.DE

1. Zustandekommen des Vertrages

1.1. Die Bestellung erfolgt durch Rücksendung des unterzeichneten Vertrages per Fax/Post durch den Auftraggeber. Mit der Bestellung erklärt der Auftraggeber verbindlich, die bestellte Ware erwerben zu wollen. Die Annahme der Bestellung erfolgt durch Zusendung der bestellten Ware durch den Auftragnehmer.

1.2. Der Auftraggeber ist an diesen Vertrag 4 Wochen gebunden, besteht ein 14-tägiges Widerrufsrecht, verlängert sich die Bindung um 14 Tage.

1.3. Widerruft der Auftraggeber gleichwohl vor Ablauf der Bindung den Vertrag, schuldet er dem Auftragnehmer die unter 4. geregelte Aufwandsentschädigung, soweit der Auftragnehmer nachweist, dass er bereits mit seiner Arbeit begonnen hat.

2. Preise

2.1. Der bezeichnete Kaufpreis beinhaltet Liefer- und Versandkosten innerhalb Deutschlands sowie die derzeit gültige gesetzliche Mehrwertsteuer. Ausgeschlossen sind Versandversicherungen.

3. Zahlungsbedingungen

3.1. Der Versand der bestellten Ware erfolgt ausschließlich gegen Vorkasse per Überweisung des Rechnungsbetrages durch den Auftraggeber.

4. Lieferbedingungen

4.1. Soweit nicht anders vereinbart, liefert der Auftragnehmer, Lagerbestand und Selbstbelieferung vorausgesetzt, innerhalb einer Woche nach Gutschrift der Rechnungssumme über einen Paketdienst an die vom Auftraggeber angegebene Lieferadresse. Der Auftragnehmer ist ohne vorherige Absprache zu Teillieferungen berechtigt. Die Verpflichtung zur Lieferung entfällt, wenn der Auftragnehmer die fehlende Verfügbarkeit nicht zu vertreten hat. Dazu zählen insbesondere Lieferschwierigkeiten aufgrund höherer Gewalt, durch veränderte gesetzliche oder behördliche Genehmigungen oder Gesetze, Betriebsstörungen, Arbeitskämpfe bei Zulieferbetrieben. In diesen Fällen verlängert sich die Lieferfrist um den zur Beseitigung des Problems benötigten Zeitraum. Bei Nichtverfügbarkeit der Ware wird der Auftragnehmer den Auftraggeber umgehend unterrichten. Ansprüche auf Schadensersatz wegen verspäteter bzw. Nichtbelieferung werden ausgeschlossen. Der Auftragnehmer behält sich vor, im Falle der Nichtverfügbarkeit einer Ware, dem Auftraggeber ein gleichwertiges Produkt anzubieten.

4.2. Als Nachweis des ordnungsgemäßen Versandes der Ware ist die Empfangsquittung des jeweiligen Transportunternehmens ausreichend. Transportbeschädigte Ware ist dem Transportunternehmen zur Verfügung zu stellen. Schadenersatzansprüche gegen den Auftragnehmer aufgrund transportbeschädigter Ware werden ausgeschlossen.

4.3. Kosten für nicht verwendungsfähige Teile jeglicher Art, die aufgrund falscher oder unklarer Angaben des Auftraggebers geliefert wurden, gehen zu Lasten des Auftraggebers. Schadenersatzansprüche werden insoweit ausgeschlossen.

4.4. Bei Nichtabnahme bestellter Waren durch den Auftraggeber, berechnet der Auftragnehmer 30% des Brutto-Warenwertes als Aufwandsentschädigung zzgl. angefallenen Fracht-, Verpackungs- und Lagerkosten.

5. Datenschutz

5.1. Ihre Daten werden bei uns nur auftragsbezogen gespeichert.

6. Eigentumsvorbehalt

6.1. Der Auftragnehmer behält sich das Eigentum an der gelieferten Ware bis zur vollständigen Bezahlung vor. Dieser Vorbehalt bezieht sich bei laufenden Geschäftsbeziehungen auch auf künftige Forderungen aus Warenlieferungen. Zur Geltendmachung des Eigentumsvorbehalts ist der Auftragnehmer

berechtig, die sofortige Herausgabe der Vorbehaltsware unter Ausschluss jeglichen Zurückbehaltungsrechts zu verlangen.

7. Gewährleistung und Haftung

7.1. Die von Auftragnehmer übernommene Gewährleistung für die gelieferte Ware richtet sich nach den jeweils gültigen gesetzlichen Bestimmungen, beschränkt sich aber darüber hinaus auf die jeweiligen Herstellerangaben. Der Auftragnehmer ist nicht der Hersteller der gelieferten Ware. Bei Ansprüchen nach dem Produkthaftungsgesetz teilen wir Namen und Anschrift des jeweiligen Herstellers auf Anfrage umgehend mit. Die Gewährleistungspflicht beschränkt sich auf den reinen Teileersatz.

7.2. Die Übernahme der Gewährleistung wird ausgeschlossen:

- bei Waren, die von fremder Seite verändert oder bearbeitet wurden
- bei Teilen, die im Wettbewerb eingesetzt wurden
- wenn der Einbau der gelieferten Teile außerhalb einer autorisierten Fachwerkstatt vorgenommen wurde

7.3. Gewährleistungsansprüche werden vom Auftragnehmer nur nach unverzüglicher, schriftlicher Meldung anerkannt. Die Frist beträgt bei offensichtlichen Mängeln 7 Tagen ab Erhalt der Ware. Bei berechtigten Mängeln wird nach Wahl des Auftragnehmers eine Nachbesserung erfolgen bzw. Ersatz geleistet. Bei Fehlschlägen der Ersatzlieferung oder Nachbesserung verbleibt dem Auftraggeber das Recht der Rückgängigmachung des Kaufvertrages. Hierzu muss die Ware dem Auftragnehmer frei zur Verfügung gestellt werden. Weitergehende Ansprüche, insbesondere Schadensersatzansprüche, insbesondere für Folgeschäden oder Schäden durch nicht sachgemäße bzw. fachgerechte/angemessene Behandlung, Montage, Verwendung oder Inbetriebnahme der vom Auftragnehmer gelieferten Teile, werden ausgeschlossen. Für die bei Verwendung im Straßenverkehr erforderliche Untersuchung nach § 29 StVZO (TÜV-Abnahme) von Zubehör jeglicher Art sowie dafür nötige Änderungen und Umrüstungen hat der Auftraggeber Sorge zu tragen.

7.4. Die Haftung des Auftragnehmers beschränkt sich auf die in diesem Vertrag übernommenen Verpflichtungen. Bei fahrlässiger Verletzung haftet der Auftragnehmer nur für vorhersehbare, vertragstypische Schäden, im Übrigen haftet der Auftragnehmer nicht. Davon unberührt bleibt die Haftung des Auftragnehmers für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.

8. Schriftformklausel, anwendbares Recht, Gerichtsstand

8.1. Sämtliche Vereinbarungen, auch Änderungen des Vertrags, bedürfen in jedem Falle der Schriftform. Dies gilt auch für die Abänderung des Schriftformerfordernisses.

8.2. Dieser Vertrag unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.

8.3. Erfüllungsort und Gerichtsstand für sämtliche Verpflichtungen aus diesem Vertrag ist, soweit der Auftraggeber die Voraussetzungen des § 38 ZPO erfüllt, der Sitz des Auftragnehmers.

8.4. Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrags unwirksam sein oder werden, berührt dies die Gültigkeit des gesamten Vertrags oder die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht. Die unwirksamen Bestimmungen sind durch eine Bestimmung zu ersetzen, die die Parteien vereinbart hätten, wenn ihnen die Unwirksamkeit bekannt gewesen wäre.